

 Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

 BfDI


Die Vorratsdatenspeicherung 2.0


„Das Gesetz zur Einführung einer
Speicherungspflicht und Höchstspeicherfrist
für Verkehrsdaten“

Dirk Hensel
Rechtsreferent
Referat VIII – Telekommunikations-,
Telemedien- und Postdienste

Vortrag beim Datenschutztag 2015
23. September 2015, Köln

1


 Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit

 BfDI


Gliederung

- Rückblick
- Gesetzentwurf
 - Verfahren
 - Vorschriften
 - datenschutzrechtliche Bedenken
- Ausblick

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 2



Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit



BfDI


Rückblick

- 2006: EU-Richtlinie 2006/24/EG wird verabschiedet
- 2008: erstes Gesetz zur VDS tritt in Kraft
- 02.03.2010: BVerfG erklärt Gesetz für nichtig
- 08.04.2014: EuGH hebt VDS-Richtlinie auf
- März 2015: EU-KOM plant keine neue VDS
- 15.04.2015: BMJV veröffentlicht Leitlinien zur VDS 2.0
- 15.05.2015: BMJV legt Gesetzentwurf VDS 2.0 vor


© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

www.datenschutz.bund.de

Seite 3



Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit



BfDI

Gesetzentwurf



Verfahren (1/2):

- Entwurf am 15.05.2015 an Ressorts übersandt
 - Stellungnahmefrist weniger als 30 Stunden
 - ausschließlich schriftliches Verfahren
- Kabinettsbefassung am 27.05.2015
- TRIS-Notifizierung bei der EU am 05.06.2015
- Erste Lesung im Bundestag am 12.06.2015 (BT-Drs. 18/5088)

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

www.datenschutz.bund.de

Seite 4



 Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit
  BfDI

Gesetzentwurf

Verfahren (2/2):

- ausführliche Stellungnahme der EU-Kommission im TRIS-Notifizierungsverfahren
- Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuss des Bundestages am 21.09.2015

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 5


 Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit
  BfDI

Gesetzentwurf

Vorschriften (1/2):

- TKG:
 - § 113 a Verpflichtete und Entschädigung
 - § 113 b Datenarten, Speicherfrist, Löschung
 - § 113 c Verwendung und Übermittlung, Kennzeichnungspflicht
 - § 113 d Vorgaben zur Datensicherheit
 - § 113 e Protokollierung
 - § 113 f Anforderungskatalog
 - § 113 g Ergänzungen zum Sicherheitskonzept

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 6


Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit 

Gesetzentwurf

Vorschriften (2/2):

- § 149 Bußgeldvorschriften
- § 150 Übergangsfristen
- StPO:
 - § 100 g Erhebung von Verkehrsdaten, Funkzellenabfrage, Straftatenkatalog
 - § 101 a Formerfordernisse, Kennzeichnungspflicht, Zweckbindung, Benachrichtigungspflicht
 - § 101 b Statistik
- EGStPO, JVEG, StGB

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 7


Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit 


Gesetzentwurf

Datenschutzrechtliche Bedenken (1/4) :

- Erhebliche grundrechtliche Bedenken
 - Geeignetheit
 - Umgehungsmöglichkeiten
 - Erforderlichkeit
 - Darlegungslast nicht nachgekommen
 - milderes Mittel denkbar
 - Verhältnismäßigkeit
 - „Überwachungs-Gesamtrechnung“ nach BVerfG
 - Kritikpunkte des EuGH

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 8

 Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit


 BfDI


Gesetzentwurf

Datenschutzrechtliche Bedenken (2/4) :

- Änderungen im TKG
 - Speicherung der IP-Adresse bei der Internet-Telefonie
 - internetbasierte Messengerdienste
 - Standortdaten bei mobiler Internetnutzung
 - kein Prüfungsmaßstab für die Datenübermittlung
 - keine Beschränkung des Übermittlungszeitraums
 - Nutzung der Vorratsdaten für die Bestandsdatenauskunft
 - fehlende Normenklarheit bei der Protokollierung

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 9

 Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit


 BfDI

Gesetzentwurf


Datenschutzrechtliche Bedenken (3/4) :

- Änderungen in der StPO
 - Funkzellenabfragen
 - Berufsgeheimnisträger
 - Zweckbindung
 - Benachrichtigungspflicht
 - keine Evaluierungspflicht

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit www.datenschutz.bund.de Seite 10



Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit



BfDI

Gesetzentwurf

Datenschutzrechtliche Bedenken (4/4) :


- Sonstiges
 - Wertungswidersprüche in der Gesetzessystematik
 - Subsidiaritätsklauseln
 - Zweckbindung
 - Keine einheitliche Höchstspeicherfrist

- Stellungnahme der BfDI unter
http://www.bfdi.bund.de/DE/Datenschutz/Themen/Telefon_Internet/Telefon_Artikel/VorratsdatenspeicherungNeu.html?nn=5217304


© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

www.datenschutz.bund.de

Seite 11



Die Bundesbeauftragte
für den Datenschutz und
die Informationsfreiheit



BfDI

Ausblick

- Reaktion der Bundesregierung auf Stellungnahme der Kommission im Notifizierungsverfahren
- 06.10.2015: Ende der verlängerten Stillhaltefrist
- zügiger Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens

- *In-Kraft-Treten des Gesetzes zum 01.01.2016*
- *Verfassungsbeschwerde*

© Die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit

www.datenschutz.bund.de

Seite 12

Fragen / Diskussion...



Quelle: Tagesspiegel vom 8.11.2007